Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. – Redaktion: Halle Gr. Brauhausstr. 17, Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11 ½–12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. – Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. – Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 86. **Halle, Mittwoch, den 16. April 1919.** **3. Jahrgang.**

Fortschreite die Vernunft

Mit großer Spannung ist der zweite Rätekongreß, der am Montag zu Ende gegangen, erwartet worden. Wohl das ganze Volk wird von seinem Verlauf und Ausgang enttäuscht worden sein, aber während eine kleine, verschwindend kleine hetzerische Minderheit bitter enttäuscht wurde, war der Kongreß für die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft eine

angenehme Enttäuschung.

Schon seine Zusammensetzung zeigte, daß die gewaltige Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung in allen Stürmen der Zeit fest zur alten sozialdemokratischen Partei steht. Die Kommunisten hatten durch ihre Abstimmung bewirkt, daß die Unabhängigen frei von ihrem aufpeitschenden Einfluß die **Verständigung mit der Mehrheit suchen konnten,** die trotz heftigster Kämpfe in einzelnen Fragen **auch gefunden worden ist.**

So hat sich der allgemeine Stimmungsumschwung auch auf dem Rätekongreß geltend machen können. Vor einer Woche war uns vorausgesagt worden, daß der

Putsch in den Bolschewismus unvermeidlich

sei und in allerkürzester Zeit erfolgen werde. Heute aber sieht die Welt schon wieder etwas anders aus. Der Ruhrstreik ist so gut wie beendet, es ist zu keiner „einheitlichen Streikfront" im ganzen Reiche gekommen. Der Münchener Putsch ist kläglich zusammengebrochen, der in Berlin geplante ist nicht zur Entfaltung gelangt, der Dresdener ist mißglückt, bloßgestellt und durch eine Blutlache besiegelt. Dort und anderwärts, überall zeigt sich eine Befestigung der sozialdemokratischen Regierungsmethode, die an den Grundsätzen der Demokratie festhält und ohne wirtschaftspolitische Kopfüberstürze den Neuaufbau der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage vorbereitet.

Auch bei den Unabhängigen ist allmählich wieder Klärung eingetreten, sie, die am wenigsten fest auf den Füßen stehen, haben sich sofort beneben lassen von dem Rätespuk in München und glaubten, etwas zu verpassen, wenn sie nicht mitmachten. Sie haben die Stunde wieder mal verkannt und werden nun wohl oder übel wieder

vernünftigere Politik

machen, einzig und allein darum, weil die Konjunktur es jetzt erfordert und sie nun einmal nichts anderes sein können als Konjunkturpolitiker, deren Mantel stets nach dem Winde hängt.

Das alles hat auf die Opposition im Rätekongreß ernüchternd gewirkt, und wir glauben annehmen zu dürfen, daß ein Teil von ihr im Grunde seines Herzens froh ist, wenn es gelingt, die Wendung der deutschen Politik zum Bolschewismus zu vermeiden. Man glaubt, nur in Worten sehr radikal sein zu dürfen in heimlichem Vertrauen auf Noske und atmet im Stillen darüber auf, daß die gefährliche Welle, die jeden Rest von Vernunft aus deutschem Land hinwegzuschwemmen drohte, sich wieder verläuft.

Auf alle Fälle war der zweite Rätekongreß, der, trotzdem viel geredet wurde, praktische Arbeit geleistet hat,

ein Schritt zur Einheit des Proletariats,

dem, wenn die Vernunft unter der Arbeiterschaft weitere Fortschritte macht, die nächsten folgen werden. Der Rätekongreß hat die bekannten Richtlinien der sozialdemokratischen Fraktion zum Aufbau des Rätesystems innerhalb der Demokratie angenommen und damit für die Arbeit der Regierung und der Nationalversammlung sehr wertvolles Material geliefert. Er hat aber mit keinem Wort bestritten, daß der entscheidende Akt der Gesetzgebung Sache der allgemeinen Volksvertretung ist, die nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden hat und in ihren Entschlüssen an keine Vorbeschlüsse anderer Körperschaften gebunden ist. Es wird not tun, daß sich

die fruchtbaren Anregungen

des Rätekongresses zu festen Formen der Gesetzgebung verdichten lassen. Hier wird aber eine große Schwierigkeit unstreitig darin liegen, daß sich der Rätebeschluß für ein Zweikammersystem entscheidet, während sich das sozialdemokratische Programm unzweideutig für ein Einkammersystem ausspricht. Der Rätebeschluß will nun die höhere Stellung der allgemeinen Volksvertretung wahren, indem er bestimmt, daß ein Gesetz, das in drei aufeinanderfolgenden Jahren von der Volkskammer unverändert angenommen wird, Gesetzeskraft erhält. Aber es gibt Gesetze, die dreijähriges Warten nicht vertragen. Es bliebe in solchem Fall der Ausweg der allgemeinen Volksabstimmung und hier wird die **Mehrheit der Nationalversammlung, die sich bisher ablehnend verhielt, nachgeben müssen,** nicht nur um der Gerechtigkeit, sondern schon um des inneren Friedens willen. Ohne Preisgabe nur scheingerechter Vorteile kommen wir aber nicht zu der Ruhe und Ordnung, die das Bürgertum ersehnt.

Die Stellung der Arbeitskammern wird aber viel weniger von den formalen Rechten abhängen, die man ihnen gibt, als von dem

moralischen Einfluß,

den zu erringen sie imstande sein werden. Und für den Gang der Gesetzgebung wird es stets entscheidend bleiben, wie die allgemeine Volkskammer zusammengesetzt ist. Die Anstrengungen der Arbeiterklasse werden sich also darauf richten müssen, einmal die Arbeitskammern so zusammenzusetzen, daß durch ihre sachliche Arbeit ihr moralisches Schwergewicht verbürgt ist, dann aber vor allem auch darauf, daß die allgemeine Volkskammer eine sozialistische Mehrheit erhält. Es wäre die schlimmste Gefahr, wenn die Arbeiterklasse im Verlaß auf eine gewissermaßen privilegierte Stellung die beste Waffe ihres Sieges, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht weniger achten wollte als bisher. Sie darf es nicht wie die Junker machen, die sich auf ihre preußische Junkerkammer verließen und dadurch in der Demokratie jeden Boden verloren.

Auch für die Unabhängigen aber sollten mit dem Beschluß des Kongresses die wahnsinnigen Versuche, unter dem Schein eines absoluten „Rätesystems" die Herrschaft einer terroristischen Minderheit aufzurichten, erledigt sein. Zeigt doch die Erfahrung immer wieder, daß diese Versuche aussichtslos sind und daß sie auch dort, wo sie durch Ueberrumpelung für den Augenblick gelingen, im nächsten Augenblick wieder zusammenbrechen.

Ein wenig Klärung hat der Rätekongreß geschaffen, einen Boden, auf dem sich die

sozialistischen Parteien zusammenfinden können.

Auf diesem Wege muß weitergeschritten werden, denn nur dadurch, daß wir die Vernunft dem Gefühl voranstellen und die Arbeiterschaft Vernunftgründen wieder zugänglich wird, kommen wir zum Ziel. In diesem Sinne muß man in der Schlußbetrachtung über den Arbeiterkongreß das noch einmal in den Vordergrund stellen, was während der Tagung von den verschiedensten Rednern ausgerufen wurde:

„Proletarier Deutschlands, vereinigt euch!"

Eine Osterbotschaft des Reichspräsidenten.

Frieden nach außen und innen.

Reichspräsident Ebert hat an die Nationalversammlung folgende Osterbotschaft gerichtet:

Die Nationalversammlung als berufene Vertreterin des deutschen Volkes hat am 10. April mit großer Einmütigkeit die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung und Versöhnung zustimmt und jeden sonst wie geartete Vertrag ablehnt, der die Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit preisgibt. Ich begrüße diese Kundgebung als Bekenntnis des unbeugsamen Willens des deutschen Volkes, daß der kommende Friede ein Frieden dauernder Verständigung und Versöhnung der Völker sein soll, daß er somit auch Deutschland die Möglichkeit geben muß, diesen Grundsatz der Verständigung und Versöhnung dauernd zu beachten. Der Wille des deutschen Volkes wird stets für die Reichsregierung maßgebend sein. Die Nationalversammlung und die Reichsregierung arbeitet mit Hingabe und Energie an der Erfüllung ihrer großen historischen Aufgabe: Friede, Brot, Arbeit und eine neue Staatsform für ein großes Volk zu schaffen. Diese Aufgabe ist schwer zu erfüllen, solange diejenigen, die es in der Hand haben, der Welt den Frieden zu geben, sich noch von dem Gefühl des Völkerhasses und der Rache beherrschen lassen, durch Hungerblockade, drohende Existenzvernichtung, das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben. Bereits vor fünf Monaten haben wir unter Annahme der Bedingungen unserer Gegner die Grundlage für den Friedensschluß mit ihnen vereinbart. Wir erfüllten die schweren Aufgaben des Waffenstillstandes, lösten unser Heer auf und gaben die feindlichen Kriegsgefangenen heraus. Aber immer noch wird uns der Friede vorenthalten. Obgleich wehrlos und wirtschaftlich am Ende, sind wir durch die Blockade immer noch abgesperrt, werden unsere Gefangenen immer noch in Feindesland zurückgehalten. Das ist gleichbedeutend mit Fortsetzung des Krieges für das deutsche Volk, eine Belastung, wie sie wohl noch kein Volk zu bestehen hatte. Wir haben alles getan, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen, um unser Volk von dieser unerträglichen Qual zu befreien. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Fortdauer des jetzigen Zustandes für uns und für das übrige Europa und letzten Endes auch für die ganze Welt ergeben müssen, fällt somit auf sie. Dies mögen sich unsere Gegner in zwölfter Stunde vor Augen halten.

Friedliche Arbeit und Brot für das neue Deutschland zu schaffen, ist aber auch unmöglich, solange Teile unseres eigenen Volkes im Kampfe verharren, der unser schwer danieder liegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu vernichten droht. Wohl ist viel gesündigt worden am deutschen Volke in vier schweren Kriegsjahren. Darum ist es unsere Pflicht, zu verstehen, zu helfen und zu bessern. Aber der Drang der Massen nach Menschheit und Menschenwürdigkeit ist keine Entlastung für eine handvoll führender Unruhstifter, die planmäßig den Ausbau der deutschen Republik zu stören trachten. Das neue Deutschland soll aufgebaut werden im Wege energischer organischer Ausgestaltung zum sozialen Volksstaat. Den wirtschaftlichen Interessenvertretungen soll ein dauernder Einfluß auf die Gestaltung des Staatslebens eingeräumt werden. Besonders die letztere Frage ist Gegenstand eingehender Prüfung der Regierung. Aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch einen radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre. Die bolschewistische Diktatur einer Minderheit des Proletariats würde den Industriestaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren. Selbstverständlich muß den berechtigten Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Rechnung getragen werden. Dafür wird die Regierung sich immer einsetzen. Sinnlose politische Streiks setzen das Schicksal der Arbeiter und ihrer Familien aufs Spiel und müssen zur Verelendung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse unseres Volkes, diesen Bestrebungen mit allen Kräften entgegenzutreten und gegen Gewaltakte terroristischer Elemente entschieden einzuschreiten. Ein schleuniger Friede nach außen, fußend auf der Grundlage der Verständigung und des Bundes aller Völker, ist für uns die Lebensfrage. Aber nicht weniger beruht unsere Rettung vor dem Untergang auf der Notwendigkeit von dem Frieden und der Arbeit im Innern. Darum wende ich mich in dieser ernsten Stunde an unser deutsches Volk in allen seinen Schichten mit der mahnenden Bitte: Laßt von der Selbstzerfleischung ab, überwindet euch, tut die Augen vor dem Abgrund auf, arbeitet! Und Sie, die Abgeordneten unseres Volkes, bitte ich, wohin Sie auch gehen, während der Pause, die heute in Ihren Beratungen eintritt, wirken Sie überall für den Frieden und für die Arbeit. Unser Vaterland, unser neues Deutschland darf nicht zuschanden werden.

Das Abflauen der Streikbewegung im Reiche.

Im Ruhrgebiet ist ein weiteres erhebliches Abflauen des Streiks zu verzeichnen. Wie den V. P. N. am 15. April aus Essen gedrahtet wird, bessert sich die Lage im Industrierevier fortschreitend, wenn sich auch diese Besserung verhältnismäßig langsam vollzieht. Es scheint, daß noch immer große Widerstände am Werke sind, die sich dem völligen Abbruch des Streiks entgegenstellen. Dies zeigt sich vor allem in den westlichen Revieren von Hamborn, Duisburg, Oberhausen und Essen, wo der Einfluß der Kommunisten und Unabhängigen sozialistischen Partei am stärksten ist. In den östlichen Revieren, vor allem in der Gegend von Dortmund und Bochum, hat sich die Lage wesentlich gebessert. Im Revier Dortmund beträgt der Rückgang der Streikenden 57 Prozent. — In Düsseldorf, wo lebhafte Kämpfe zwischen Spartakisten und Regierungstruppen stattgefunden haben, will man weiter im Ausstand verharren. — Der Braunschweiger Generalstreik steht vor dem Zusammenbruch. In einer Sitzung des revolutionären Aktionsausschusses ergab sich keine Stimme für Fortsetzung des Streiks. — Der Danziger Streik ist endgültig beendet, die Gesamtarbeiterschaft hat bereits die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. — In Halberstadt streiken die Werkstättenarbeiter. Der Personen- und Güterverkehr ist unterbunden. Der Streik ist für 48 Stunden festgesetzt und erstrebt wirtschaftliche Aufbesserung.

Angestellten-Generalstreik.

Ein Mitarbeiter der P. P. N. hatte eine Besprechung mit einem Vertreter der Angestelltenorganisationen, der sich insbesondere über die psychologischen Seiten des Streiks der Angestellten in der Metallindustrie und über die Gefahren eines Generalstreiks aussprach.

Daraus wird verständlich, weshalb die Angestellten die Vorschläge über das Mitbestimmungsrecht abgelehnt haben. Sie wehren sich besonders dagegen, daß das Mitbestimmungsrecht sich nur auf Beamte bis zu einer gewissen Einkommensgrenze bezieht und daß es auf Neueinstellungen keine Wirkung haben soll. Die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190416-10/fragment/page=0001

Zusammensetzung des Personals spielt für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses der Angestellten eine viel größere Rolle, als das bei den Arbeitern der Fall ist. Deshalb wäre das Mitbestimmungsrecht, das sich auf Entlassungen beschränkte, tatsächlich nur ein halbes Mitbestimmungsrecht.

Berlin, 16. April. Heute vormittag wird voraussichtlich die Entscheidung fallen, ob es zu einem allgemeinen Streik der Angestellten kommt oder nicht. Von den Angestellten-Ausschüssen soll den Arbeitgebern die Forderung auf sofortige Bewilligung des Mitbestimmungsrechts vorgelegt werden. Bei Ablehnung der Forderungen soll in sofort einzuberufenden Betriebs-Versammlungen der Eintritt in den Streik empfohlen werden.

Die Lage in Sachsen.

Nach den **vorliegenden Meldungen herrscht in Dresden seit Sonntag völlige Ruhe. Die Spartakisten** machen sich nicht mehr bemerkbar. In irgendwelchen Zwischenfällen ist es nicht mehr gekommen. Im übrigen Sachsen ist die Ruhe völlig gewahrt geblieben. Auch in Leipzig liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß mit Unruhen in der nächsten Zeit zu rechnen wäre.

Der Streik im Zwickauer Gebiete dauert an, jedoch arbeiten jetzt im Zwickauer Kohlenrevier 70 Prozent der Arbeiter. Die Metallarbeiter befinden sich noch im Ausstand.

Der Kampf in München.

Nürnberg, 15. April 1919. **Alle heute aus München hierher gelangten Nachrichten besagen,** daß sich die Lage dort von Stunde zu Stunde verschlimmert. **In den Straßen tobt ein regelrechter Entscheidungskampf zwischen regierungstreuen Truppen und kommunistischen Soldaten, denen sich bewaffnete Arbeiter und Arbeitslose, insgesamt in einer Stärke von 10 000 Mann, angeschlossen haben. Die Spartakisten haben den Hauptbahnhof zu einem außerordentlich starken militärischen Stützpunkt ausgebaut. Hauptsächlich um diesen Hauptbahnhof wird der Kampf mit allen Waffen geführt. Nach Meldungen aus Bamberg schreitet die militärische Aktion gegen München erfolgreich fort. Viele Garnisonen haben sich den Truppen der Regierung Hoffmann angeschlossen.**

Vor neuen Kämpfen in München.

Berlin, 16. April. Die Lage der bayerischen Regierung gilt, wie die Blätter übereinstimmend sagen, nach wie vor als ernst. Laut „Voss. Ztg." reiste gestern abend Ministerpräsident Hoffmann mit dem Militärminister mit unbekanntem Ziel von Bamberg ab. Wie das „B. T." meldet, befinden sich seit gestern morgen große bayerische Truppenmassen mit Artillerie und Minenwerfern auf dem Wege nach der bayerischen Hauptstadt. Wann es dort zu entscheidenden Schlägen kommen werde, sei noch nicht abzusehen. Es sei anzunehmen, daß die Regierung wartet, bis sie im Umkreise von München über eine genügende Anzahl tüchtiger und zuverlässiger Truppen verfüge.

Einigungsversammlung.

Eine von der Zentrale für die Einigung der Sozialdemokratie dieser Tage veranstaltete öffentliche Versammlung tagte in dem überfüllten großen Saale des Lehrervereinshauses in Berlin.

Genosse **Eduard Bernstein** beleuchtete in einem fast zweistündigen Vortrage die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Er wurde häufig unterbrochen durch Zwischenrufe linksgerichteter Versammlungsteilnehmer, die wenig Neigung für den Einigungsgedanken erkennen ließen. Doch die Mehrheit der Versammlung gab unzweideutig zu erkennen, daß sie eine ruhige und sachliche Erörterung der Einigungsfrage nicht stören lassen wollte. Der Referent kam zu dem Schluß, Deutschland steht vor einer Katastrophe, wie sie noch nie erlebt worden ist. Nur die Einigung der Sozialdemokratie kann Deutschland aus der gegenwärtigen Situation retten. Die Einigung beider Richtungen würde das Vertrauen zur Sozialdemokratie in der inneren wie äußeren Politik wiederherstellen. Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten sind nicht so groß, daß die Einigung über ein Aktionsprogramm dadurch gehindert werden könnte. Wenn aber die sachliche Einigung möglich ist, dann darf sie an der Personenfrage nicht scheitern. Man kann die Regelung der Personenfrage der geeinten Partei überlassen. Wenn aber das Mißtrauen gegen bestimmte Personen so groß ist, daß die Einigung dadurch gehindert werden könnte, dann müssen beide Seiten in der Personenfrage Opfer bringen. Eine Bewegung, die aus den Massen herauskommt, muß die Einigungsgrundlage zu finden suchen.

Dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion. Abwechselnd sprachen Redner beider Parteien für die Einigung. Ein Unabhängiger, der gegen die Einigung sprach, mußte auf stürmisches, fast einstimmiges Verlangen der Versammlung abtreten.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche sich für die Einigung der sozialistischen Bruderparteien ausspricht und die Versammelten verpflichtet, in ihren Organisationen für die Wiedervereinigung zu wirken.

Eine Resolution, die die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Ferner wurde beschlossen, dem Reichswehrminister telegraphisch einen Protest gegen die verfügte Herabsetzung der Kriegslöhnung der Verwundeten von 1 Mk. auf 85½ Pf. zu übermitteln.

Volksabstimmung in Baden.

Karlsruhe, 14. April. Bei der Volksabstimmung am Sonntag wurde die Verfassung mit 355 000 gegen 20 000 Stimmen angenommen. Für die Fortsetzung der Nationalversammlung als Landtag stimmten 355 000, dagegen 21 000. Die Bezirke Kehl und Konstanz fehlen noch. Die Stimmbeteiligung betrug 30 bis 35 Prozent. In Mannheim wurden 20 000 Stimmen für das Parlament und 1100 dagegen abgegeben.

Volksabstimmung und Initiative von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Der Verfassungsausschuß beschäftigte sich kürzlich mit dem von den Sozialdemokraten aufgeworfenen Referendum und der Initiative, also mit der direkten Gesetzgebung durch das Volk. Die Sozialdemokraten hatten ihre mitgeteilten Anträge in den nebensächlichen Punkten ein wenig abgeändert, um den bürgerlichen Parteien, vor allem den Demokraten, die Zustimmung leichter zu machen. Unbeschadet dessen lehnten die bürgerlichen Parteien, auch die Demokraten, ein Eingehen auf die sozialdemokratischen Anträge ab. Die Konservativen und die Nationalliberalen erklärten sich überhaupt gegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk. Nach ihrer Meinung wird künftighin schon viel zu viel gewählt, sie verstehen nicht, daß dennoch die Unruhen durch allgemeine Abstimmungen ins Volk hineingeworfen werden. Die sozialdemokratischen Redner, nämlich die Abgeordneten Quarck und Katzenstein, hatten noch einmal in ausführlichen Reden die sozialdemokratischen Anträge begründet und die bürgerlichen Parteien, wenigstens eine von den größeren Parteien, um Zustimmung ersucht. Vergeblich. Die Bürgerlichen, auch die Demokraten und das Zentrum, schreckten vor dem Neuen zurück und waren nicht zu bewegen, den sozialdemokratischen Anträgen beizutreten. Infolgedessen erklärten die sozialdemokratischen Redner, daß sie die jetzige Abstimmung nur für eine vorläufige betrachten, und daß in der zweiten Lesung auf Grund der bis dahin hoffentlich einsetzenden allgemeinen Bewegung ein anderes Resultat zu verzeichnen sein würde.

Der Parlamentsausschuß für die Friedensverhandlungen.

Weimar, 14. April. Der neunte Ausschuß für die Friedensverhandlungen hat sich heute konstituiert. Er setzt sich zusammen aus dem Präsidenten der Nationalversammlung, den drei Vizepräsidenten der Nationalversammlung und 28 Mitgliedern aller Parteien: Fehrenbach (Zentrum) Vorsitzender, Schulz-Ostpreußen (Soz.), stellvertretender Vorsitzender, Dietrich-Potsdam (deutschnatl.), Haußmann (Demokrat), Sozialdemokraten: Krätzig, Löbe, Molkenbuhr, Müller-Breslau, Frau Röhl (Cöln), Frau Schilling, Schumann, Dr. Sinzheimer, Stock, Vogel, Wels; Zentrum: Ehrhardt, Grocher, Dr. Heim, Dr. Mayer (Schwaben), Dr. Spahn, Trimborn; Demokraten: Falk (Schriftführer), Dr. Hermann-Posen, Dr. Quidde, Freiherr von Richthofen, Dr. Wieland; deutschnationale Volkspartei: Kraut (Schriftführer), Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, D. Traub; deutsche Volkspartei: Dr. Stresemann; unabhängige Sozialdemokraten: Geyer-Leipzig, Haase-Berlin.

Die Schuld der Spartakisten an dem Dresdener Mord.

Es erweist sich immer klarer, daß die Vorgänge in Dresden nur dadurch auf ihren tragischen Höhepunkt getrieben worden sind, daß die Kundgebung der Kriegsverletzten von skrupellosen spartakistischen Agitatoren in geradezu verbrecherischer Weise für ihre Pläne ausgenutzt worden ist. Die Kriegsbeschädigten hatten zunächst nur die Absicht, ihre Beschwerden und Forderungen dem Kriegsminister zu unterbreiten. Allerdings hätten sie aus den bisherigen Erfahrungen gelernt haben müssen. Der Mangel an politischer Erfahrung mag aber wohl die Ursache gewesen sein, daß sie die Tragweite ihres Handelns nicht von vornherein klarer überschauten.

Minister Neuring hatte in den Verhandlungen mit zwei Abordnungen bereits sein volles sachliches Einverständnis mit den ihm unterbreiteten Forderungen erklärt. Er saß mit der einen Abordnung in seinem Arbeitszimmer im Kriegsministerium, mit der Durcharbeitung der Einzelheiten beschäftigt, als im Hause die Donnerschläge zweier von einer noch nicht festgestellten Person in den Lichtschacht des Hauses geworfenen Handgranaten ertönten. Kriegsminister Neuring selbst aufs höchste bestürzt unterbrach die Besprechung, um zunächst erst klarzustellen, was vorgefallen sei.

Es ist begreiflich, daß die beiden Entladungen bei der harrenden Menge den Glauben erweckten, gegen ihre Abordnung werde im Innern des Hauses gewalttätig vorgegangen. Dieses Mißverständnis würde aber sehr bald geklärt worden sein, wenn nicht die Stimmung der Leute draußen mit den unglaublichsten Mitteln der Lüge und Verhetzung bis zu einem Grade erhitzt worden wäre, deren es nur noch des leisesten Anstoßes bedurfte, um in heller Flamme aufzuschlagen. Fest steht unter allen Umständen, daß weder Neuring noch eine andere verantwortliche Person einen Befehl zum Werfen von Handgranaten gegeben hatte. Fest steht ferner, daß durch die beiden Handgranaten niemand verletzt worden ist. Die durch eine andere Handgranate hervorgerufene Verletzung eines auf dem Platze befindlichen Soldaten bedarf besonders hinsichtlich des Urhebers noch der Aufklärung. Ausgeschlossen ist aber auch in diesem Falle jede Verantwortlichkeit Neurings oder eines seiner Mitarbeiter.

In Dresden wurden bisher vier Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, an der Ermordung Neurings beteiligt zu sein. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

In Dresden angesetzte kommunistische Versammlungen sind völlig verpufft. Der Ministerpräsident Gradnauer gab in einer Ansprache der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Eindruck der furchtbaren Tat weite Volkskreise zur Besinnung gebracht hat.

Die Kaisertreuesten.

In Jena sind etwa 200 Delegierte der Deutschen Volkspartei zu einer Parteitagung zusammengetreten. Der Vorsitzende Dr. Kahl erklärte mit seiner dröhnenden Basstrommete: „Wir sind die Partei der Kaisertreuen je und je gewesen und werden sie auch bleiben." Herr Stresemann, der danach zu Worte kam, bezeichnete den 9. November als einen Tag der Trauer. Auch er bekannte sich zu der Auffassung, daß für die deutschen Verhältnisse die Monarchie das Gegebene war und geeignetste ist.

Im Zentralvorstand der Partei hielt Stresemann dann noch eine längere Rede, in der er erzählte, wie man ihn in der Demokratischen Partei nicht haben wollte und wie er daher zu seinem Broterwerb genötigt gewesen sei, die Deutsche Volkspartei zu gründen. — Er hätte besser getan, als Kammerdiener in die Dienste des „stillen Mannes von Amerongen" zu treten.

Wachsende Erkenntnis in Rußland.

Lenin räumte ein, daß er die Zeit bis zur Weltrevolution irrig bemessen habe. Frühestens in zehn Jahren werde sie vielleicht eintreten. Diese Wartezeit wäre für Rußland zu lang, es könne nicht länger gezögert werden, dem Zusammenbruch vorzubeugen. Zu diesem Zweck müßten schleunigst Verkehrsmöglichkeiten geschaffen und das Eisenbahnmaterial wieder in Stand gesetzt werden. Deutsche Ingenieure, deutsche Lokomotiven seien erwünscht.

Deutsche Nationalversammlung.

Der 1. Mai Feiertag.

Weimar, 15. April. Nach Erledigung einiger Anfragen folgt die erste Lesung der Vorlage zur Festlegung des 1. Mai als Nationalfesttag.

Nach der Regierungsvorlage sollte der 1. Mai zum allgemeinen Nationalfesttag erhoben werden. Hierzu beantragen die Abgeordneten von Payer (Dem.) und Müller-Breslau (Soz.) eine Aenderung, daß ein allgemeiner Feiertag eingeführt wird, für den der Charakter eines Weltfeiertages erstrebt wird. In diesem Jahre wird der 1. Mai gefeiert. Die Unabhängigen beantragen, auch den 9. November zum allgemeinen Feiertag zu machen.

Reichsminister Dr. David:

Die Revolution hat der deutschen Arbeiterschaft mit einem Schlage die Erfüllung der Forderung des Achtstundentages gebracht. Aber auch bei den anderen Völkern muß der gleiche Schritt auf der Bahn sozialpolitischer Einrichtungen getan werden. Wir fordern die internationale Festlegung des Achtstundentages und der gesamten Arbeiterschutzgesetzgebung auf der Friedenskonferenz. Pflicht der organisierten Arbeiter aus den anderen Ländern der Entente ist es jetzt, das in Deutschland Errungene international zu sichern. Noch werden erbitterte Kämpfe geführt zwischen Parteien und Schichten in unserem Volke, aber der ernste Wille, auf der neuen politischen Grundlage die Gegensätze zu überwinden, sollte am 1. Mai zum Ausdruck gebracht werden. Und noch einem zweiten Ideal gilt der 1. Mai. Dem Ideale einer dauernden Gemeinschaft der Völker. Die lebende Generation, die draußen oder in der Heimat diesen Krieg durchlebt hat, will einen Krieg mehr. Sie will aber auch, daß ihre Kinder und Kindeskinder vor ähnlichen Katastrophen bewahrt bleiben. Nur auf der Grundlage eines gerechten, auch für das deutsche Volk annehmbaren Friedens kann die Gewähr seiner Dauer geschaffen werden. Das soll am 1. Mai als der entschlossene Wille des gesamten deutschen Volkes allen Feinden eines dauernden Völkerfriedens zum Bewußtsein gebracht werden. Die Regierung nimmt den demokratisch-sozialdemokratischen Antrag an.

Abg. Ehrhardt (Ztr.): Wir sind selbstverständlich für soziale und politische Fortschritte, für einen gerechten Frieden und für baldige Befreiung der Kriegsgefangenen. Eine andere Frage aber ist es, ob man dazu einen Feiertag einführen muß.

Abg. Dr. Pachnicke (Dem.): Mit unserem Antrage nahmen wir dem Tage den Charakter eines Kampftages, den er früher hatte. Auf welchen Tag wir diese Feier verlegen, behalten wir uns vor. Für das laufende Jahr ist der 1. Mai die rechte Zeit. Da kann das ganze Volk selbst zu erkennen geben, welchen Frieden es will.

Abg. Kölzsch (Dn.): Es wirkt für uns im höchsten Grade befremdend und erstaunlich, daß man in dieser Zeit einen Feiertag einführen will.

Abg. **Haase** (U. S.): Die Arbeiter in England, Frankreich und Italien sind mit uns für Völkerverbrüderung und Völkerversöhnung und werden mit uns den 1. Mai feiern. Wird unser Antrag abgelehnt, dann steht die Nationalversammlung der Revolution verständnislos und feindlich gegenüber.

Reichsminister Dr. **David**: Der Vorschlag, den 9. November ebenfalls zum Feiertag zu machen, erscheint verfrüht. Wenn der Abgeordnete Kölsch die christlich Denkenden in diesem Hause zur Ablehnung des Gesetzes auffordert, so ist es mir nicht klar, da wiesern die Lehren und Forderungen des Christentums sich in Gegensatz befinden zu den Idealen, denen dieser Antrag gewidmet sein soll. Ich bitte Sie (nach rechts), üben Sie dieselbe Toleranz gegen Andersdenkende, die Andersdenkende Ihnen beweisen.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vpt.): Wir betrachten dieses Gesetz als eine Herausforderung des ganzen deutschen Bürgertums.

Abg. Hildenbrandt (Soz.): Eine Ablehnung der Vorlage würde den innerpolitischen Frieden nicht herbeiführen. Sie würde vielmehr ein Signal werden, den 1. Mai nun erst recht zu feiern.

In der Abstimmung wird der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag Payer-Müller wird mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, eines Teiles der Demokraten und einiger Zentrumsabgeordneter angenommen.

In der dritten Beratung wird der Antrag Payer-Müller in namentlicher Abstimmung mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen. Darauf wird das Ermächtigungsgesetz in der Ausschußfassung angenommen. Es folgt die

zweite Lesung des Katiegesetzes.

Der Ausschuß hat die Regierungsvorlage mit der Aenderung angenommen, daß spätestens bis 1 Mai 1920 eine Regelung der Materie durch ein Bundesratsgesetz erfolgen muß. Von den Unabhängigen liegt ein Antrag auf Einleitung des Rätesystems in den Katiebetrieben vor. Die Vorlage wird nach kurzer Debatte in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen angenommen.

Hierauf verliest Ministerpräsident **Scheidemann** die Osterbotschaft des Reichspräsidenten **Ebert** die mit stürmischem Beifall aufgenommen wird. Das Haus geht dann in die Osterferien. Präsident Fehrenbach erhält die Ermächtigung Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen.

Halle und Saalkreis.

Halle, 16. April 1919.

Zur Stadtverordnetenwahl!

Am 27 April finden die Stadtverordnetenwahlen statt. Noch einmal werden die Einwohner Halles zur Urne gerufen, um über das Geschick ihrer Vaterstadt, über die Zukunft Halles und seiner Bewohner zu entscheiden.

Die Gemeinde greift noch unmittelbarer als das Reich und der Staat in das Wirtschaftsleben der Bevölkerung ein. In der Gemeinde bestehen aber auch die besten Aussichten, Grundsätze des Sozialismus zu unmittelbarer Geltung zu bringen. Halle muß auf alle Fälle eine sozialistische Mehrheit erhalten.

Da gilt es dann, weniger große Reden zu halten, als praktisch zum Wohle der werktätigen Bevölkerung zu arbeiten. Der praktische Kommunalsozialismus findet aber seine Vertretung nicht durch Worthelden, sondern durch die Sozialdemokraten der alten Mehrheitspartei, die auf der

Liste Kloeß

vereinigt sind.

Die Tage bis zum 27. April gehören der restlosen Aufklärungsarbeit. Ueberall, bei jeder Gelegenheit sind

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190416-10/fragment/page=0002

... Wähler und Wählerinnen darauf hinzuweisen, daß das von ihnen durch die Revolution errungene gleiche Gemeindewahlrecht auch die **Pflicht** in sich schließt, sich um die Angelegenheiten der Gemeinde zu kümmern und am 27. April **zur Wahl** zu erscheinen. Allen muß gesagt werden, daß sie zur richtigen Vertretung ihrer Interessen die sozialdemokratische Mehrheitsliste zu wählen haben.

Nur rastlose Werbearbeit in Werkstatt und Haus, an allen Orten, an den sich dazu Gelegenheit bietet, sichert den Erfolg. Es ist höchste Zeit, ernstlich an die Arbeit zu gehen!

Der Reiseverkehr

muß von heute ab ganz erheblich eingeschränkt werden. Der Kohlenmangel, veranlaßt durch den verbrecherischen Streik im Ruhrrevier, zwingt dazu, alle Reisen, die nicht dringend notwendig sind, zu unterlassen. Auf allen Stationen unseres Direktionsbezirkes werden daher von morgen ab **Fahrkarten nur gegen Vorzeigung eines Fahrerlaubnisscheines verabfolgt, der von der Eisenbahn selbst ausgefertigt ist.**

Die Fahrerlaubnis kann erteilt werden zu notwendigen und dringlichen Reisen, also zu dienstlichen, beruflichen und geschäftlichen Reisen, die im allgemeinen Interesse liegen und unaufschiebbar sind, bei andern Reisen, wenn es sich um Todesfälle oder Erkrankungen der nächsten Familienangehörigen (Eltern, Ehegatten, Geschwister und Kinder) handelt oder der Reisende infolge eigener Erkrankung die Eisenbahn benutzen muß.

Die Notwendigkeit und Dringlichkeit solcher Reisen ist durch glaubwürdige Unterlagen nachzuweisen; als solche gelten insbesondere: Bescheinigungen von Behörden zu Dienst- und Berufsreisen, wenn aus ihnen der Zweck der Reise deutlich hervorgeht, ferner Vorladungen, Arbeitsbescheinigungen, Gewerbeschein, Invaliditätskarten, Altersversicherungsbescheinigungen, ärztliche Bescheinigungen, Telegramme und Briefe.

Der Fahr-Erlaubnisschein ist zusammen mit der Fahrkarte vorzuzeigen und abzugeben.

An Personen, die berufsmäßig häufig notwendige und dringende Reisen auszuführen haben und dies sowie den Zweck der Fahrten durch eine entsprechende Bescheinigung der vorgesetzten Behörde, Handels- und Gewerbekammer oder durch Vorlage des Wandergewerbescheines nachweisen, können durch das für den Wohnort des Reisenden zuständige Eisenbahn-Verkehrsamt **Dauer-Fahrerlaubnisscheine** mit Gültigkeit bis zu 2 Monaten abgegeben werden. Dem Antrage ist auch das Lichtbild des Inhabers beizufügen.

Zu Reisen **auf Arbeiter- und Zeitkarten** ist bis auf weiteres ein Fahrerlaubnisschein nicht erforderlich, ebenso genügt bei Fahrten nach und von der Arbeitsstelle in 4. Klasse zur Erlangung der Fahrkarte die Vorzeigung der amtlich beglaubigten Arbeitsbescheinigung am Schalter.

Dauererlaubnisscheine werden im Eisenbahnverkehrsamt, Delitzscherstraße 92, Zimmer Nr. 40, täglich von 7 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags, ausgefertigt, Sonntags von 10—12 Uhr mittags. Einzelerlaubnisscheine in Eisenbahnverkehrsamt Delitzscherstraße 92, Zimmer 43, täglich von 7—7 Uhr, Sonntags von 7—12 Uhr mittags, während der Nachtzeit von 7 Uhr nachmittags bis 7 Uhr früh und Sonntags von 12 Uhr mittags ab am Fahrkartenschalter.

Von Einbrechern erstochen.

Ueber den Mord in der Königstraße, von dem wir gestern kurz meldeten, ist heute noch folgendes zu berichten:

Im Erdgeschoß des Hauses **Königstr. 17** betreibt der Kaufmann Johann **Legner** ein kleines **Lebensmittel- und Futtergeschäft**. Gestern abend, gegen 7 Uhr, ging er, nachdem er seinen Laden verschlossen und auch die Fensterläden zugemacht hatte, mit seiner Frau nach der Rözgger Straße, um bei Verwandten etwas zu holen. Gegen 9¼ Uhr kamen beide zurück. Als Legner die Ladentür aufschließen wollte, bemerkte er, daß etwas am Schloß nicht in Ordnung war. Frau Legner war inzwischen an das Fenster des neben dem Laden liegenden Zimmers getreten. Sie sah, daß eine Oberlichtscheibe entzwei und der Fensterladen nicht mehr richtig verschlossen war. In demselben Augenblick hörte sie auch daß jemand in der Wohnung bezw. im Laden war. Sie rief ihren Mann. Noch bevor dieser hinzukommen konnte, sprang **ein junger Mann** durchs Fenster und ergriff die Flucht. Kurz darauf kam ein zweiter Mann aus dem Fenster, der von Legner festgehalten wurde. Es entspann sich zwischen beiden ein Ringkampf. Die Ringenden fielen zu Boden, bald lag Legner, bald sein Gegner oben. In einem bedrängten Augenblick rief der Einbrecher um Hilfe und nannte den Vornamen Kurt oder Karl. Der Gerufene kam auch zurück, ließ sich aber von Frau Legner in die Flucht schlagen. Mit einem scharfgeschliffenen **Extraseitengewehr** hat dann der Einbrecher auf Legner eingestochen und ihn getötet. Beide Einbrecher sind unerkannt entkommen.

Frau Legner gibt folgende Beschreibung: Beide zwischen 16 bis 20 Jahren, sie machten jedenfalls einen sehr **jugendlichen Eindruck**. Der eine konnte 1.50 bis 1.55 Meter groß sein, er war dunkel angezogen; der zweite war noch kleiner und schmächtiger, er trug feldgrauen Rock, anscheinend etwas zu weite, unbekannte Kopfbedeckung.

Im Laden wurde festgestellt, daß die Einbrecher fast alle Behältnisse durchwühlt hatten. Die Ladenkasse mit 5—6 Mark Kleingeld ist entwendet. Drei Säckchen mit Zucker Mehl und Grieß standen zur Mitnahme bereit. Außerdem fehlen zwei Portemonnaies mit 7 und 2,50 Mark und dem Trauring des Legner, gez. E. N. 1915.

Der Einbrecher, welcher Legner erstochen hat, muß zweifellos stark **mit Blut bespritzt** sein. Außerdem muß er Spuren des Kampfes im Gesicht tragen, denn Legner soll ziemlich heftig auf ihn eingeschlagen haben. Die Täter müssen sich auch beim Einschlagen der Scheiben verletzt haben, worauf Blutspuren an den Scherben hinweisen. Es ist ferner anzunehmen, daß sie sich beim Einsacken des Mehls weiß gemacht haben. Am Tatort blieb **die Mütze eines Einbrechers** zurück. Es ist eine grünbräunliche, kleindurchwirkte Mütze, oben mit einem Knopf.

Wer irgend welche sachdienliche Angaben machen kann, wird gebeten, sich sofort bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 53 oder 78, zu melden.

Für die Ermittelung der Täter, welche den Kaufmann Legner erstochen haben, hat der Herr Regierungs-Präsident eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Luxussteuerpflicht von Privatpersonen.

Nach §§ 10 und 25 des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 unterliegen auch die Verkäufe luxussteuerpflichtiger Gegenstände durch Privatpersonen der erhöhten Umsatzsteuer von 10 Prozent. Die Steuer ist vom Verkäufer zu dem Empfangsbekenntnis zu entrichten. Er ist verpflichtet, dem Käufer ein schriftliches Empfangsbekenntnis binnen zweier Wochen nach dem Empfange der Zahlung zu erteilen. Die Steuer ist durch Verwendung von Warenumsatzstempelmarken zu entrichten, welche auf der Hauptpost, Schalter 7, erhältlich sind. Die Stempelmarken sind auf der Vorder- oder Rückseite des Empfangsbekenntnisses aufzukleben und zu entwerten. Wird kein verstempeltes Empfangsbekenntnis erteilt, so hat der Käufer dies innerhalb eines Monats nach der Zahlung dem Umsatzsteueramt mitzuteilen.

Steuerhinterziehung wird nach § 38, Umsatzsteuergesetz mit dem zwanzigfachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Geldstrafe von 100—100 000 Mk. bestraft.

Auskunft erteilt das Umsatzsteuerbureau, Kl. Steinstr. 8, III, Zimmer 126, Wochentags von 9—2 Uhr geöffnet.

* **Abgewürgt.** Mit 218 gegen 195 Stimmen hat nach einem Bericht des Volksblattes die außerordentliche Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes den politisch rechtssozialistisch orientierten Lokalbeamten **Schnabel abgesägt.** Ausdrücklich wurde in dieser Versammlung, wie auch das Volksblatt schreibt, gesagt, daß man gegen **seine Tätigkeit keinerlei Einwendungen** machen könne und daß er nur darum auf die Straße gesetzt werden müsse, weil er sich **erfrechte, eine eigene politische Meinung zu haben.** Wir werden auf dies Treiben der Vorkämpfer für „Freiheit“ noch ausführlicher zurückkommen.

* **Die Gassperrzeit** von morgens 4 Uhr bis abends 7 Uhr gilt orten Giebichenstein Trotha und Cröllwitz.

* **Die Eisenbahndirektion** erläßt einen Hinweis wegen des Osterverkehrs. Jede, nicht unbedingt nötige Reise muß unterbleiben, da ein geregelter Verkehr sonst nicht garantiert werden kann.

Ein neuer Wahlkampf

ist im Anzuge. Es geht um unsere Vertretung im Stadtparlament!

Die Zeit der Vorbereitung ist nur kurz!

Agitiert und werbt für die Kandidaten der alten

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

* **Elternabend.** Am vergangenen Freitag wurde von den hiesigen Mittelschulen ein Elternabend veranstaltet. Herr Mittelschullehrer **Penseler** sprach über die **Zukunftsfragen der Mittelschule.** Die anschließende Besprechung bestätigte, daß bei der gesamten großen Zuhörerschaft das Bedürfnis vorhanden war, über die wichtigen Fragen der gegenwärtigen Schulreform Klarheit zu gewinnen. Das Ergebnis der Besprechung wurde folgendermaßen zusammengefaßt: Die am 11. April in der Aula des Reformgymnasiums versammelten Eltern der hiesigen Mittelschüler und Mittelschülerinnen fordern, daß auch in Zukunft Halle selbständige Mittelschulen behält. Wie bisher haben die Mittelschulen eine über das Ziel der Volksschule hinausgehende, volkstümlich gestaltete und das schaffende Leben in den Vordergrund stellende Bildung zu vermitteln. Sie bauen sich neben der höheren und der Volksschule auf einer dreijährigen gemeinsamen Grundschule auf. Beantragt wird die Einrichtung von Elternbeiräten für die hiesigen Mittelschulen. Zum Schluß wurde einstimmig der Antrag angenommen, von der Stadtverwaltung aus gesundheitlichen und unterrichtlichen Gründen die Freigabe der bisher anderweitig benutzten Schulgebäude zu fordern.

* **Liebesgaben und Geldmittel für den Empfang unserer zurückkehrenden kriegsgefangenen Landsleute.** Um einen würdigen, herzlichen Empfang der heimkehrenden Kriegsgefangenen in allen Teilen Deutschlands zu gewährleisten, hat unsere Regierung an den Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen die Bitte gerichtet, den militärischen Behörden behilflich zu sein. Die Ortsgruppen im Inlande haben die Begrüßung und Verteilung von Liebesgaben an den Bahnhöfen in ihr Arbeitsgebiet aufgenommen. Unsere Ortsgruppe für Halle und den Regierungsbezirk Merseburg hat mit der Durchgangsstation Konstanz und mit der Linienkommandantur und der Bahnhofskommandantur Halle vereinbart, daß ihr alle Transporte und alle Lazarettzüge sogleich gemeldet werden. Zur Begrüßung und Hilfeleistung erbittet sich die Regierungsbezirksgruppe Merseburg zu Halle Zuwendungen an Geld, Zigarren, Zigaretten, Konfekt, Blumen u. dergl. an ihren Vorsitzenden, den Juwelier Tittel, Halle. Bei der bekannten Opferfreudigkeit unserer engeren Heimat und dem warmen Mitgefühl das allen unseren kriegsgefangenen Duldern jetzt mit Recht entgegengebracht wird, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß diese Bitte nicht ungehört verhallt.

* **Sozialistische Studentengruppe.** Die Geschäftsstelle Harz 42/44, Zimmer 22 ist vom 16. bis 24. April nur von 10—12 Uhr vormittags geöffnet.

* **Vorträge des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft,** Donnerstag, den 17. 4., abends 8½ Uhr Vortrag des Herrn Dr Curt Schlüter im Auditorium maximum der Universität mit Lichtbildern: „Meine Lapplandreise im Sommer 1914.“ In wissenschaftlicher Beziehung werden die Gebiete der Ethnographie, Geographie, Meteorlogie, Zoologie und Botanik gestreift.

* **Deutscher Monistenbund.** Auf den für die nächste Sitzung der Ortsgruppe, die am 18. d. M., abends 8 Uhr, im Weinzimmer des Ratskeller (nicht, wie zum Teil bekanntgegeben, im Reichshof) stattfindet, vorgesehenen **Vortrag des Herrn Dr. Grobler,** über „**Die Einheitsschule**“, sei hier bei der Wichtigkeit dieses Themas, das heute auf der Tagesordnung steht, besonders aufmerksam gemacht. Allgemeine Aussprache schließt sich an. Gäste sind willkommen.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, gelangt die komische Oper „Das Glöckchen des Eremiten“ von Maillart, zur Aufführung. Donnerstag „Nora“, Schauspiel von Ibsen. Am Karfreitag bleibt das Theater geschlossen. Die Freitag-Stammkarten gelten am Sonnabend, den 19. April, zur Vorstellung „Das Glöckchen des Eremiten“. Der Spielplan für die Osterfeiertage lautet: Sonntag (1. Feiertag) nachmittags 3 Uhr, „Das Dreimäderlhaus“, abends 7 Uhr, „Lohengrin“. Montag (2. Feiertag) nachmittags 3 Uhr, „Der Barbier von Sevilla“, abends 7 Uhr, „Die Rose von Stambul“. Der Vorverkauf für die Dienstag-Vorstellung „Das Glöckchen des Eremiten“ beginnt morgen, Donnerstag, vormittags 10 Uhr.

Letzte Nachrichten.

Beginn der Friedenskonferenz.

Dem Amsterdamer „Telegraaf“ zufolge meldet „Echo de Paris“, daß **Wilson vor dem 1. Mai aus Frankreich abreisen wird.** Er hofft, der Eröffnung der Konferenz in ... zu können. Auf der ... wird Amerika durch den Oberst **House** vertreten sein.

Als Zeitpunkt für die **Abreise der deutschen Friedensdelegation** nach Paris nennt die „Dtsch. Allg. Ztg.“ das **Ende der Woche nach Ostern.**

Wilson soll erklärt haben, daß die **amerikanische Zustimmung** zu allen bisherigen Regelungen der Pariser Konferenz **nur unter dem Vorbehalte** gegeben worden sei, daß vor der endgültigen Entscheidung noch **die deutschen Unterhändler gehört** würden.

Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Produktionsprozeß.

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ ist der Erlaß eines Notgesetzes über das Prinzip bereits von der Regierung zugestandene Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten beabsichtigt, das etwa folgendes bestimmt:

Zur Wahrnehmung der allgemeinen und besonderen Interessen der Arbeitnehmer werden **Betriebsräte** auf die Dauer von 2 Jahren gewählt.

Der **Wirkungskreis** der Betriebsräte erstreckt sich auf alle die Gesamtheit der Arbeitnehmer wie des einzelnen betreffenden Fragen des **Arbeitsvertrages.**

Alle Verfügungen der Betriebsleitungen, gleichgültig, ob sie die Gesamtheit der Arbeitnehmer oder eine einzelne Person betreffen, bedürfen zu ihrer **Rechtskraft des Einverständnisses des Betriebsrates.** Wird dieses Einverständnis nicht erteilt, ist ein **Schlichtungsausschuß,** der sich zur Hälfte aus Arbeitgebern, zur Hälfte aus Arbeitnehmern zusammensetzt, zuständig, zu dem das Reichsarbeitsamt oder eine ihm untergeordnete Instanz den unparteiischen Vorsitzenden zu stellen hat. Die Entscheidung dieses Schlichtungsausschusses ist endgültig.

Insbesondere ist das **Mitbestimmungsrecht** dem Betriebsrat gewährleistet für die Fragen der **Einstellung, Beförderung, Versetzung** und **Kündigung der Arbeitnehmer.**

Plündereien in Hamburg.

Hamburg, 16. April. In Hamburg ist es gestern zu großen Plünderungen und Ausschreitungen gekommen. Eine Reihe großer Lokale, u. a. der **Alsterpavillon,** wurde laut „L. A.“ vollständig ausgeräumt.

Ausstände und Besatzungsheer.

Köln, 15. April. Der Befehlshaber der britischen Besatzungstruppen, General **Plumer,** veröffentlicht eine Bekanntmachung, worin er auf die täglich ernster werdende Lage in Deutschland infolge der wirtschaftlichen Kämpfe hinweist. Er verlangt, daß alle mit ihm zusammenarbeiten, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nur so könne den Bewohnern das Elend erspart werden, das anderswo eingetreten sei. Der General gibt in einer Verordnung bis auf Widerruf bekannt, daß **Ausstände als ungesetzlich** gelten und befiehlt den Angestellten und Arbeitern, **bei der Arbeit zu bleiben,** beziehungsweise sie wieder aufzunehmen. Er fordert Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf, sich jeder herausfordernden Handlung fern zu halten. Alle Streitigkeiten könnten der britischen Militärbehörde zur Vermittelung unterbreitet werden, aber nur dann, wenn alle vorhandenen deutschen Schlichtungsmittel versagt hätten.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Rohfleischkonserven in der Talamtschule, am Donnerstag, den 17. April 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 46 001—54 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 54 001—63 500 nachmittags von 2—6 Uhr. An Haushalte mit 1—2 Personen kann eine Einkilodose, an Haushalte mit 3—4 Personen kann eine Zweikilodose, an Haushalte mit 5—6 Personen kann eine Einkilodose und eine Zweikilodose usw. abgegeben werden. Sämtliche Inhaber von Lebensmittelscheinen werden in der laufenden Woche mit Rohfleischkonserven beliefert. Eine spätere Nachlieferung findet nicht statt. Der Verkaufspreis beträgt für eine Einkilodose 7,40 Mk., für eine Zweikilodose 14,80 Mark. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Grieß. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September/4. November 1915 wird der Verkauf von Grieß wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Donnerstag, den 17. April 1919. Für jede Person eines Haushaltes wird ¼ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 48 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Gries einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 299 des Warenbezugsscheines 21. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen acht Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September/4. November 1915.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Donnerstag, den 17. April 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 69 001 bis 69 600 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 69 601—71 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm Käse zum Preise von 20 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Donnerstag, den 17. April, auf den Abschnitt 11 für die eingetragenen Kunden bei der Milchhändlerin Stein, Spitze 8, Milchhändlerin Berger, Volkmannstraße 3a, Milchhändlerin Pfeiffer, Volkmannstr. 11 und Milchhändlerin Pötschke, Wielandstr. 30. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis zum 22. April abzuliefern.

Bücklingsverkauf. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September/4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Räucherfische wie folgt geregelt: Der Verkauf wird von heute, Mittwoch, früh 8 Uhr, in den bekannten Geschäften fortgesetzt. Für jede Person eines Haushaltes können 100 Gramm abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 75 Pfg. für 100 Gramm. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsscheine Nr. 20, Abschnitte 280. Zugelassen zum Einkauf sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 9001—12 000 und 63 001—64 000. Wegen Papiermangel wird das Publikum ersucht Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abschnitte 280 der Warenbezugsscheine 20, abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Zimmer 11, binnen 5 Tagen abzuliefern. Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 16. April 1919. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190416-10/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.
7.10. Letzte 2 Tage!
„Der Rastelbinder."
Karfreitag geschlossen.
Sonnabend Erstaufführung
„Jungfer Sonnenschein"
Operette von Georg Jarno.
I. u. II. Festtag nachm. 3½ Uhr:
„Der Rastelbinder."
Kl. Pr. Kinder halb. Preise.
I. und II. Festtag Abend 7.10 Uhr:
„Jungfer Sonnenschein."
Vorverkauf eröffnet.
Kasse v. 10—1½ u. 4—6.

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 17. April 19. Anfang 7. Ende 9½ Uhr:
Nora
Schauspiel v. Henrik Ibsen.
Karfreitag geschlossen.
Sonnabend:
(Freitag-Stammkart. gült.)
Das Glöckchen des Eremiten.

Neu eingetr. offen:
Handbuch der Dreherei
von Aug. Loß-Halle
80.—90. Tausend.
41.—45. Auflage.
Preis 9,35 Mark.
Zu haben in der
Buchhandlung der „Volksstimme".

Fast ungebrauchte
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußbaum-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt 2050
Hoheumäßen
R. Suhle, Glügener Str. 7,

Fuhren aller Art
jowie kleine Möbe fuhren nimmt an und fährt pünktlich aus
Paul Krüger.
Wittestr. 5 Tel. 5237

Für
Frühjahr u. Sommer!
Besonders preiswerte garnierte
Damen-Hüte
Damenhut Bastgeflecht, chic garniert . . . . . Mk. **7.50**
Damenhut Litze u. Bastgeflecht, besonders chic garniert Mk. **14.75**
Damenhut Tagal- und Litzengeflecht. apart garniert . Mk **21.00**
Damenhut Tagal- u. Litzengeflecht, sehr elegant garniert Mk. **28.00**
Flott garnierte Mädchen-Hüte.
Schulhüte M. 2.75 b. 6.50. Bortenhüte M. 10.50 b. 22.00.
J. LEWIN
Marktplatz 2 u. 3.

Hippodrom

Wintergarten 3016
Dir.: Georg Arndt.
Täglich ab nachmittags 4 Uhr
Grosses Reit- und Sportfest.
Für den am Sonnabend den 19. da ausfallenden Kavallerball morgen Donnerstag abend 7 Uhr
Großer Kavalierball.

Ungediente und gediente Freiwillige
zu den bekannten Bedingungen stellt ein das
Garde-Kavallerie-Schützen-Korps.
Angehörige sämtlicher Truppengattungen finden beim Korps Verwendung, die Freiwilligen müssen gesund und kräftig sein, Gediente dürfen nicht über 45 Jahre, Ungediente nicht unter 18 und über 35 Jahre alt sein.
Im Werbebüro sind folgende Papiere vorzulegen:
1. Gediente: Entlassungsschein und Militärpass.
2. Ungediente: Führungszeugnis der Polizei und Invalidenkarte oder Geburtsschein.
3. Minderjährige ausserdem einen Erlaubnisschein der Eltern oder des Vormundes, der polizeilich beglaubigt ist.
Ohne diese Papiere wird niemand eingestellt. 2982
Nähere Auskunft erteilt:
Werbebüro des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps,
Halle, Glauchaerschule, Taubenstrasse.

Der für Freitag, den 18. ds. Mts. Uhr im Reichshof angesetzte Vortrag des Herrn Dr. Grobler über
„Die Einheitsschule"
findet im Weinzimmer des Ratskeller statt. 3015
Gäste willkommen!
Deutscher Monisten Bund.

Apollo-Theater
Heute u. täglich 7½ Uhr:
Der ersten Liebe gold'ne Zeit.
Operette von J. Gilbert.
Vorverk. v. 9—1 u. 5—7½.

Ammendorf.
Goldener Adler
Zur Konfirmation
biete preiswert an zum Tagespreise 2661
Weissweine
und Rotweine
div. dunkle Biere in Siphons.
Kegelbahn
noch einige Tage frei.

Zur Frühjahrs-Bestellung
Spaten, Schaufeln, Harken, Hacken, Gabeln, Gießkannen usw. 2453
kaufen Sie sehr vorteilhaft bei
Otto Sparmann,
neben d. Walhalla.

Morgen letzter Tag!
Leipzigerstrasse 88 Fernruf 1224.
U.T
Alte Promenade 11a Fernruf 5738.
Joe Deebs
in seinem letzten Abenteuer:
Das Auge des Götzen
Vorführung: 4.40 7.00 9.20.
Aphrodite
Das Problem der Liebe
Dramatisches Schauspiel in 6 Akten.
Vorführung: 3.00 4.40 6.30 8.30.
Ab Sonnabend, den 19. April 1919:
Dorrit Weixler
in dem prickelnden dreiaktigen Lustspiel
Fräulein Piccolo
Bisher von der Zensur verboten.
Paradiesvogel
Das Schicksal einer schönen Frau.
Schauspiel in 3 Akten.
Hauptrolle: Lilly Bech.

Möbelvertrieb
Romanus Skipka & Co.
Leipzigerstrasse 16 Ecke Grosser Sandberg
Wohnungs-Einrichtungen
in allen Preislagen.
Spezialität:
Verkauf nach Zeichnung nur Lieferung direkt ab Fabrik, daher äusserst preiswert. 2512

Ordentliche
Zeitungs-Trägerinnen
werden gesucht.
Verlag der Volksstimme.
Gr. Ulrichstraße 27.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

Für die Osterfeiertage
empfehlen wir in grosser Auswahl:

Blusenkragen aus Batist mit reicher Stickerei verziert Stück **3.95**
Blusenkragen aus Batist mit Languette und Stickerei Stück **4.75**
Blusenkragen aus Batist mit Hohlsaum verziert Stück **5.75**
Jackenkragen aus Batist mit reicher Stickerei versehen . . . . . Stück **3.95**
Jackenkragen aus doppeltem Glasbatist mit Punkt-Stickerei . . . . . Stück **4.75**
Kinderkragen aus Batist mit Einsätzen garniert Stück 2.25 1.95 **1.45**
Kinder-Garnituren aus Batist, Glasbatist und Rips Stück 2.50 2.25 **1.95**
Kieler Kragen, dunkelblau aus vorzüglichen Stoffen Stück 9.00 7.25 **6.50**
Kieler Garnituren, dunkelblau, aus besten Stoffen gearbeitet . Stück 12.00 9.00 **7.25**
Kieler Knoten Stück 1.45 1.25 **95**
Fichus mit Stehkragen aus la. Spitzen Stück 13.50 12.50 **9.75**

Taschentücher mit gestickter Ecke Stück **1.95**
Taschentücher mit buntem Rand Stück **2.10**
Taschentücher mit gestickter Kante Stück **2.25**
Taschentücher mit gestickter Ecke und Kante Stück **2.45**
Taschentücher elegante Ausführung Stück 8.25 3.25 **2.75**
Lederlaschen aus gutem Leder Mk. 180 bis 48.— 32.50 **22.50**
Perlbeutel. moderne neue Muster M. 65.— 27.50 22.50 **13.50**
Kinderläschchen Mk. 4.95 3.95 1.95 **1.45**
Broschen Mk. 27.50 bis 1.25 0.85 **0.35**
Halsketten Mk. 39.— bis 2.75 1.95 **1.50**
Haarspangen Stück 9.75 4.25 3.50 **2.50**
Seitenkämme Paar Mk. 5.50 4.75 2.95 **2.75**
Damen-Taghemden. Stickerei-Unterröcke. Stickerei-Unterjaillen.

Damen-Handschuhe in Zwirn, Seide, Imitiert Leder weiß und schwarz von Mk. **2.75** an
Glacé-Handschuhe für Damen und Herren
Damen-Strümpfe, **Herren-Socken,** **Kinder-Söckchen,** **Mützen und Hüte** für Mädchen
Feder-Rüschen in schwarz, weiß, rosa, grau, taupe von Mk. **22.—** an
Unterröcke in Serge und Loster
Seidene Unterröcke in modernen Farben von Mk. **42.—** an
Korsells in allen modernen Formen und Weiten von Mk. **7.50** an
Büstenhalter in verschiedenen Arten
Weiße Tändelschürzen mit und ohne Träger
Kinderschürzen weiß und farbig
Kinderkittel und Spielanzüge.
Herren-Kragen, Manschetten, Serviteurs, Taschentücher, Sockenhalter, Krawatten und Selbstbinder.

Fensterleder in grosser Auswahl! Stück 10.50, 7.50, 5.95, **4.95**

Brummer & Benjamin
Grosse Ulrichstrasse 22|23.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis.
Karfreitag, den 18. April, abends 7 Uhr, in der Kaiser-Wilhelmshalle, Alte Promenade
außerordentliche Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenversammlung.
2. Vortrag: Die Gegenwartsfragen der Sozialdemokratie an die Schule.
Redner: Gen Schäfer, Mittelschullehrer.
3. Freie Aussprache.

Alle Mitglieder, auch die Frauen, sind zu dieser wichtigen Versammlung ordl. und dringend eingeladen. — Mitgliedbuch gilt als Ausweis. Freunde unserer Partei können durch Mitglieder eingeführt werden.

Niemand fehle! Auf zur Versammlung!
Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190416-10/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 86. Halle, Mittwoch, den 16. April 1919. 3. Jahrgang.

Vorbereitung des 1. Mai.

Nun hat auch die Nationalversammlung den 1. Mai zum Feiertag gemacht. Am 1. Mai wird allerwärts die Arbeit ruhen.

Nachdem von den drei Maiforderungen zwei, der Achtstundentag und das allgemeine Wahlrecht, erfüllt sind, bleibt als letzte die **Herstellung eines dauernden, auf der Solidarität der Arbeiterklasse ruhenden Weltfriedens.** Für ihn hat das internationale Proletariat seit einem Vierteljahrhundert auf allen Maifeiern demonstriert. Daß es in jenen Jahren nicht gelang, aus Arbeiterköpfen und Arbeiterleibern einen festen Schutzwall gegen die blutige Sturmflut zu schaffen, hat sich an der Menschheit bitterer gerächt, als irgend jemand vorauszuahnen gewagt hätte. Gerade jetzt aber steht die Menschheit wieder vor der ungeheuren Schicksalsfrage, ob die kommende Neuordnung der europäischen Verhältnisse den wirklichen Frieden oder nur die Erholungspause eines ewigen Völkerkrieges bedeuten wird. Nur nach den Grundsätzen internationaler Gerechtigkeit, wie sie stets vom sozialistischen Proletariat vertreten worden sind, kann ein dauernder Friedensbau errichtet werden. Und so ergibt sich das Ziel unserer diesjährigen Maifeier von selbst. Es ist der dauernde Frieden der Gerechtigkeit, das Wiederaufleben der Brüderlichkeit zwischen allen Proletariern der Welt.

Aber schlecht steht es uns an, für den äußeren Frieden zu demonstrieren, wenn wir den inneren nicht halten können. Es wäre eine unauslöschliche Schmach für die deutsche Arbeiterbewegung, wenn der 1. Mai das Schauspiel von Kämpfen innerhalb der Arbeiterschaft selbst bieten würde. Der Berliner Vollzugsrat hat es übernommen, eine Resolution zur Maifeier auszuarbeiten, die von allen Richtungen des Sozialismus angenommen werden kann. Es müßte, denken wir, leicht sein, einen Text für eine derartige Resolution zu finden, da es sich diesmal doch nur um die Verkündung von Friedensidealen handeln kann, die für alle Sozialisten gültig sind. Schließlich wäre es aber auch noch nicht das Schlimmste, wenn jede sozialistische Parteigruppe ihre Maifeier für sich allein im Rahmen ihrer eigenen Anschauungen und ihrer eigenen Anhängerschaft veranstalten würde. Gemeinsame Feiern könnten bei der Schärfe der vorhandenen Gegensätze leicht zu Streitigkeiten führen, zumal die Kräfte der verschiedenen Gruppen bekanntlich außerordentlich ungleich sind. In manchen Gegenden spielen die Unabhängigen oder gar die Kommunisten überhaupt keine Rolle, und es wäre entschieden unbillig, von der Sozialdemokratie zu verlangen, daß sie ihre Maiveranstaltungen zur Propaganda ihr feindlicher Gruppen gebrauchen lassen sollte. Das Beste dürfte daher schon die reinliche Scheidung sein, doch muß sie so durchgeführt werden, daß es keinerlei Reibungen gibt und alle Konflikte vermieden werden. In diesem Sinne stehe der 1. Mai im Zeichen des sozialistischen Brotfriedens.

Der arbeitenden Bevölkerung wird überall das natürliche Gefühl sagen, daß der 1. Mai kein geeigneter Tag für die Austragung gegensätzlicher Meinungen und für die Führung eines Bürgerkrieges ist. Die arbeitende Bevölkerung ist sicherlich in ihrer erdrückenden Mehrheit erfüllt von dem Willen, diesmal eine Maifeier von solcher Kraft und Würde zu veranstalten, wie sie noch niemals erlebt worden ist. Diese Feier wird dann auch weit über die Grenzen der deutschen Republik hinauswirken und gleiche Schwingungen auch bei den Klassengenossen der andern Völker hervorrufen. Sie kann eine große Tat für den kommenden Weltfrieden werden. Hier lockt ein Ziel, auf das sich an diesem Tage alle arbeitenden Menschen Deutschlands vereinigen mögen.

Zweiter deutscher Rätekongreß.

Sitzung vom Sonnabend, den 12. April.

In seinem ausführlichen Referat über das Rätesystem führte Cohen-Reuß aus: Leider sei mit der Wahl zur Nationalversammlung viel zu lange gewartet worden. Wäre sie 14 Tage nach der Revolution einberufen worden, dann hätte sie eine ganz andere Zusammenstellung gehabt. Sicherlich hätte sie dann eine große sozialdemokratische Mehrheit aufgewiesen und dann hätte sie auch sicherlich den an sie gestellten Erwartungen entsprochen und vor allem auch die Sehnsucht nach dem deutschen Einheitsstaat erfüllt. Den Unabhängigen ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie, ganz gelinde gesagt, damals sehr falsch gehandelt haben, indem sie bei der Wahl zur Nationalversammlung lediglich darauf bedacht waren, Mandate für ihre Partei zu erlangen. Sie waren nicht darauf bedacht, dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Es war ein großer Fehler, daß der revolutionäre Schwung nicht ausgenutzt wurde. Die Folgen des Rückschlages, der deshalb eintrat, machten sich sehr bald bemerkbar, und zwar zuerst bei den deutschen Einzelstaaten. Auch die Besetzung der preußischen Ministerposten war verkehrt. Der Partikularismus in den letzten Monaten wurde außerordentlich gestärkt. Durch diesen Partikularismus ist der Anschluß Deutsch-Oesterreichs natürlich nicht erleichtert worden. Der Anschluß an ein starkes einheitliches Deutschland wäre viel leichter gewesen. Redner kritisiert dann die Haltung der Nationalversammlung, die sich selbst ihrer Macht entkleidet habe, indem sie den Staatenausschuß zuließ, ohne den sie nichts machen kann. Sehr scharf kritisierte er die Verlegung der Nationalversammlung von Berlin nach Weimar, womit die ganze Lage sehr verschärft worden sei. Die Regierung hat auch auf wirtschaftlichem Gebiete keine Schöpferkraft bewiesen. Man hätte den Unternehmern sagen müssen, wo eine Sozialisierung nicht zu erwarten sei, denn wir können die Initiative der Unternehmer und Betriebsleiter nicht entbehren. Die Regierung hat die wertvollen Gedanken, die im Rätesystem schlummern, nicht ausgenutzt, sondern sie abgelehnt. Der Rätegedanke ist nicht ein bolschewistisches Produkt, es ist ein Hauptfehler der deutschen Gesellschaft, daß sie immer alles vom organisatorischen Standpunkt aus betrachtet. Der Rätegedanke ist nicht ein Schlagwort, sondern in seinem Wesensinhalt richtig und darum muß er aufgenommen werden. Der Gedanke, eine zweite Kammer zu schaffen, paßt nicht ganz in das Programm, aber muß es deshalb falsch sein? Die Regierung muß führend vorangehen und in dem Rätegedanken den gesunden Kern herausnehmen und mit dem demokratischen Volksparlament, das wir nicht entbehren können, zusammenschweißen. Die äußerste Linke beharrt auf der Forderung der Diktatur. Die Sinnlosigkeit dieser Bestrebungen hat sich schon genügend in Rußland erwiesen. Wie man den Staatenausschuß hingenommen hat, so muß man auch die Kammer der Arbeit hinnehmen, die unendlich viel wichtiger und gerechtfertigter ist. Der Staatenausschuß ist ein Unding, er ist überflüssig und nichts anderes als der frühere Bundesrat. Mit Hilfe der Kammer der Arbeit werden wir nicht nur zu einem einheitlichen Deutschland, sondern auch zu einer sozialistischen Wirtschaft kommen.

Als Korreferent sprach Däumig: In der deutschen Nationalversammlung hat man alles Heil gesehen und in dieser Illusion hat der Zentralrat eine Todsünde nach der anderen an dem Rätegedanken begangen. Wenn man sie auf den Boden des Rätesystems stellt, dann müssen vor allen Dingen die Fraktionsscheuklappen fallen. Das Rätesystem ist die Brücke, die alle Klassen des Proletariats vereinigen soll. Zu einer solchen Einigung ist Vorbedingung, daß man die Fraktionstaktik fallen läßt. Die Entwicklung in Rußland ist noch nicht abgeschlossen. Immerhin kann nicht bestritten werden, daß der bolschewistische Gedanke doch eine große Idee in die Welt gebracht habe, als die Welt noch von Blut triefte.

Als erster Diskussionsredner sprach zum Thema Rätesystem Dr. Michaelis (Demokrat): Wir stellen uns auf den Boden der Demokratie, bei der allein der Wille des Volkes entscheidet.

Die Nachmittagssitzung wurde mit einer Erklärung des Ministers Wissel eröffnet. Er führte aus: Es sind heute von Herrn Däumig verschiedene Vorwürfe gegen die Regierung gemacht worden. Es hat niemals eine Revolutionsregierung gegeben, die es allen Revolutionären recht gemacht hat. Wenn heute ein Unabhängiger oder Kommunist in der Regierung säße, würde es diesen Mitgliedern ebenso gehen. Aus den Reden klang eine nervöse Ueberreiztheit, die einen klaren Eindruck nicht mehr gewinnen läßt. Charakteristisch ist, daß sich in Däumigs Darlegungen das demokratische Prinzip gewendet hat. Entweder man bekennt sich zur Demokratie, oder lehnt sie ab. Eine halbe Demokratie gibt es nicht. Man kann Demokratie nicht ersetzen durch das Rätesystem. In allen Fällen soll die Mehrheit entscheiden, sonst ist es Diktatur. Wir in der Regierung halten fest daran, daß für alle Entschließungen die Mehrheit des Volkes entscheidend sein muß. Davon werden wir uns nicht abbringen lassen.

Der eingebrachte Antrag zum Rätekongreß zeigt, wie wenig die Idee des Rätesystems selbst bei den Unabhängigen ausgereift ist. Wenn wir aber sehen, wie schnell sich eine Idee erhebt, dann kann man der Regierung keinen Vorwurf machen, wenn sie abwartet, bis die Idee erst ausgereift ist.

Präsident Hauschild teilt mit, daß Brandes-Magdeburg auf Betreiben der vom Kongreß eingesetzten Kommission aus der Haft entlassen ist. (Lebhafter Beifall.)

Kaliski (S.P.D.): Für uns ist das Rätesystem gleichbedeutend mit dem sozialistischen Ausbau der Produktion. Wir verlangen, daß die Arbeiterschaft hineinkommt in die Leitung der Produktion. Jedem Arbeiter soll die Möglichkeit gegeben werden, Mitberater und Mitbestimmer werden zu können. Der Vorschlag der Regierung hat überhaupt keine Organisation. Wir schlagen völlige Trennung der Betriebs- und Wirtschaftsräte vor. Die Kammer der Arbeit soll aus allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen hervorgehen. Wir wollen, daß die Arbeit Einfluß gewinnt auf das Geschick der Nation. Die Arbeit muß der Prüfstein aller Dinge sein. Als Krönung der Wahldemokratie fordern wir die Demokratie der Arbeit. Es ist heute so leicht zu streiken, wie es früher leicht war, Hurra zu schreien. (Beifall bei der Mehrheit. Widerspruch links.) Glaubt doch nicht, daß Ihr (zu den U. S.) mit Diktatur den Geist der Menschen beleben könnt, der sozialistische Staat kennt keinen Zwang. Auch in einem völlig sozialistischen Staat darf man die Initiative des einzelnen nicht töten, denn sie ist die Quelle alles Schaffens. Die kapitalistischen Instinkte des Unternehmers müssen wir töten. Aber den Mann müssen wir uns erhalten. (Beifall bei der Mehrheit.) Arbeit ist mehr als die Quelle des Einkommens, sie ist eine Quelle der Freude und des Glückes — ihre einzige Quelle. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Sorgen wir also dafür, daß die Arbeit wieder eine Freude wird!

Richard Müller: Von der Sozialdemokratie sind vor und während des Krieges schwere Fehler gemacht worden. Zum Wiederaufbau ist die ganze Kraft des geeinten Proletariats nötig. Redner bespricht dann das Arbeitsprogramm der U.S.P.D., wie es Däumig schon in seinem Korreferat tat. Nur wenn wir gemeinsam zusammengehen auf dem Boden unseres Vorschlages, werden wir ein neues Deutschland aufbauen können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schröder (Soldatenfraktion): Die Revolution mordet ihre idealsten Vorkämpfer. Während man Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet, darf ein Mann wie Ludendorff nach Deutschland zurückkehren und wir Sozialisten zerfleischen uns. (Lebhafter Beifall links.) Die Freiwilligenverbände müssen verschwinden. Die deutschen Proletarier erwarten von diesem Kongreß zum mindesten die geistige Einheitsfront aller Sozialisten. Das Rätesystem, wie es in Rußland besteht, wäre für uns ein Verhängnis, weil es nicht alle Sozialisten zusammenfaßt, sondern die Diktatur einer Richtung bedeutet. Die Räte sind dazu angetan, die Gegensätze im sozialistischen Lager zu überbrücken. (Beifall links.)

Es wird dann beschlossen, Sonntag von 9 bis 1 Uhr zu tagen, um möglichst Montag mittag den Kongreß schließen zu können.

Sitzung vom Sonntag, den 13. April.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Vorsitzender Hauschild: Mit tiefem Bedauern und Abscheu haben Sie alle heute morgen die Nachricht von der Ermordung des Sächsischen Kriegsministers Neuring gelesen. (Die Kongreßmitglieder erheben sich.) Die sozialdemokratische Fraktion und die Fraktion der unabhägigen sozialistischen Partei sind an mich herangetreten mit dem Ersuchen, den Kongreß aufzufordern, seinen Abscheu, seine Verurteilung dieser furchtbaren Lynchjustiz, wie sie in Dresden geübt worden ist, kundzugeben. Ich glaube im Namen des gesamten Kongresses zu sprechen, wenn ich feststelle: der zweite Rätekongreß hat mit Entrüstung von der Ermordung des Sächsischen Kriegsministers Neuring Kenntnis genommen. Der Kongreß verurteilt solche Brutalitäten auf das entschiedenste und appelliert an die werktätige Bevölkerung Deutschlands, dafür Sorge zu tragen, daß der Kampf um die Befreiung des Proletariats nicht durch solche Bluttaten befleckt wird. Sie haben sich meinen Worten angeschlossen, ich danke Ihnen.

Ohne Debatte wird ein Dringlichkeitsantrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen, der verhüten will, daß noch in den Lazaretten befindliche Kriegsbeschädigte durch die neuerdings verfügte Herabsetzung der Löhnung geschädigt werden.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Debatte über das Rätesystem.

Eingegangen ist noch ein Antrag der sozialdemokratischen Mehrheitspartei: „Bis zur Neuregelung der Stellung der Arbeiter- und Bauernräte haben die bisherigen ihre Funktionen auszuüben. Die Regierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß von den Behörden die finanziellen Aufwendungen für die Arbeiter- und Bauernräte aufgebracht werden."

Johannsen (Fraktion der Bauernräte): Wir vertreten eine Gruppe des Volkes, die für die Ernährung Deutschlands in erster Linie zu sorgen hat, also eine der wichtigsten Gruppen, der 25 Millionen Deutsche angehören. Auf dem Lande bildet alles eine große zusammengehörige Berufsgruppe. Bekommen wir gleiche Rechte und Pflichten wie die anderen Gruppen, so werden wir freudig mitarbeiten an der Neuregelung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch die Landarbeiter haben nur Lust zur Arbeit, wenn sie sich auf dem Lande wohl fühlen. Wir fordern eine feste Organisation der Landarbeiter- und Bauernräte, von unten nach oben bis zum Reichsbauernrat.

Binder-Bielefeld (S.P.D.): Unser Antrag muß zum Beschluß erhoben werden, damit die Tätigkeit der Räte so lange gesichert ist, bis eine neue gesetzliche Grundlage gefunden wird. Dem Geist der Verneinung, der durch unser Land geht, müssen wir den Geist der Bejahung entgegenstellen. Damit geben wir einen gewaltigen Antrieb zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft. Wir haben die Aufhebung des Adels und der Rangunterschiede beschlossen, in Zukunft werden wir den neuen Adel der Arbeit haben.

Säuber (Soldatenfraktion): Der revolutionäre Geist ist nicht der Geist der Verneinung, er ist der Geist der schöpferischen Tat. Davon haben wir bisher weder bei der Regierung noch beim Zentralrat etwas gemerkt. (Beifall links.)

Brettmann (Hospit. der Demokraten): Herr R. Müller hat gestern in einer Weise gegen die christlichen Gewerkschaften polemisiert, die uns zum energischsten Protest herausgefordert. Wir haben stets unsere Pflicht und Schuldigkeit getan (na, na! links), aber wir lehnen es ab, uns zu politischen Aktionen mißbrauchen zu lassen, wie das neulich in Essen bei Krupp versucht wurde.

Büchel (S. P. D.): Der 9. November brachte uns wohl die politische, aber nicht die ökonomische Gewalt. Aufgabe des Kongresses ist es, die Räte zu verankern, daß nun auch die ökonomische Gewalt in die Hände der Arbeiter kommt. Schon 14 Tage nach dem 9. November zeigte es sich, daß die Arbeiterräte sich um alles andere mehr kümmerten, als um die Erringung der politischen Macht. Die wirtschaftlichen Aufgaben liegen ihnen eben viel näher. Sie sind das Arbeitsfeld der Arbeiterräte. Die Betriebsräte müssen in den Fabriken das Mitbestimmungsrecht erhalten. Die Arbeiterräte müssen aus den Betrieben heraus, sie haben die hohe Aufgabe, die Produktion zu regeln. Neben der politischen müssen wir die wirtschaftliche Demokratie erlangen, das kann nur geschehen, wenn neben der Volkskammer die Kammer der Arbeit steht. Wenn Sie (zu den U. Soz.) Ihren Auftraggebern sagen, was Kaliski hier zu diesen Fragen gesagt hat, dann werden sie ganz anders urteilen. (Widerspruch bei den U. S.) Das russische Rätesystem ist ein Wahnsinn, das scheinen auch Lenin und Trotzky selbst eingesehen zu haben, denn am Ende vorigen Jahres erschienen beim Berliner Vollzugsrat russische Abgesandte, und baten uns, sofort Techniker und Ingenieure zum Wiederaufbau nach Rußland zu senden. (Lebhaftes hört, hört!)

(Fortsetzung in nächster Nummer.)

Aus der Provinz.

Bevorstehender Angestelltenstreik auf dem Leunawerk.

Die zur Stellungnahme für die Forderungen der sich im Streit befindenden Angestellten des Stammhauses Ludwigshafen angesetzte Versammlung fand am Montag, den 14. d. M., 1 Uhr unter Beteiligung aller Angestellten des Werkes im Kinosaal statt.

Wie bereits hervorgehoben, waren sich sämtliche Angestellten des Ernstes der Lage und ihrer Aufgabe, einen Sympathiestreik in diesem Augenblick zu verhüten, vollkommen bewußt, um so mehr, als von der Produktion des Werkes das Wohl und Wehe des Vaterlandes für die Landwirtschaft abhängt.

Nach eifriger Debatte und reiflicher Ueberlegung wurde daher — unter Hintansetzung der eigenen Interessen — einstimmig beschlossen, noch ein letztes Mittel zu versuchen, um eine Einigung mit der Direktion Ludwigshafen herbeizuführen und der Vorstand des Angestelltenausschusses, die Herren Kneipp, Kaufmann, und Dr. Zepf, Chemiker, beauftragt, mit allen Vollmachten versehen, unverzüglich nach Ludwigshafen abzureisen und die Direktion wenigstens an den Verhandlungstisch zu bringen.

Wird nunmehr eine Regelung der wirtschaftlichen Forderungen, welche übrigens für die gesamte Angestelltenschaft der Firma endgültig herbeigeführt werden soll, nicht erzielt, so lehnen die Angestellten die Verantwortung bei dem zur äußersten Zuflucht getriebenen Schritt ab und lassen alle sich daraus ergebenden Folgen der Direktion Ludwigshafen zur Last fallen.

Es wird also Sache der Ludwigshafener Direktion sein, den Sympathiestreik auf dem hiesigen Werk zu verhüten und damit gleichzeitig die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln sicherzustellen.

Delitzsch. Bienenzucker. Der Bienenzucker für die überwinterten Bienenvölker ist eingetroffen. Es kommen für das Volk zunächst 5 Pfund Zucker zur Verteilung. Derselbe ist sofort, spätestens bis zum 20. April d. J. bestimmt bei dem Kaufmann Lüddecke, Delitzsch, Eisenbahnstr. 2, in Empfang zu nehmen. Diejenigen Imker, welche dem Imker-Verein Eilenburg angehören, erhalten den Zucker durch W. Patzig in Eilenburg, Weinbergstr., zugewiesen.

Delitzsch. Fleischkonserven. Am Donnerstag, den 17. d. M., von nachmittags 2 Uhr ab kommt auf den Kopf der Bevölkerung ½ Pfund Konservenfleisch zu 1,20 Mk. zur Verteilung. Lebensmittelscheine und Fleischkarten sind vorzulegen, die Fleischkarten sind vom Verkäufer dadurch zu kennzeichnen, daß die Abschnitte der Woche vom 14. bis 20. April mit Tinte oder Tintenstift durchkreuzt werden. Haushaltungen, welche in der laufenden Schlachtperiode geschlachtet haben und nicht im Besitz von Reichsfleischkarten der Stadt sind, können nicht beliefert werden. Ferner ist die Abgabe auf Reichsfleischkarten anderer Orte verboten.

Merseburg. Lebensmittelanmeldung: In der Woche vom 21.—26. April werden verausgabt auf Bezugsschein Nr. 57 200 Gramm Haferflocken zu 29 Pfg., Nr. 58 500 Gramm Sauerkohl zu 25 Pfg., Nr. 59 200 Gramm Marmelade zu 50 Pfg. Anmeldung bis spätestens 17. April. Lebenmittelausgabe: In der Woche vom 14.—19. April werden verausgabt auf Bezugsschein Nr. 55 100 Gramm Nudeln, Nr. 56 250 Gramm Marmelade zu 50 Pfg., Nr. 54 500 Gramm Sauerkohl zu 25 Pfg. Kinder von 6—10 Jahren erhalten 1 Tafel Schokolade zu 1.60 M. Ferner wird ausgegeben für die Inhaber der Lebensmittelhefte 9301 bis 9550 je 2 Dosen Fischpastete zu 4,60 M., 9551—10 000 je 1 Dose à 7 Pfd. Scholle in Gelee zu 10.35 M. Abholung Donnerstag, den 17. April.

Weißenfels. Margarine-Verkauf. Von Donnerstag früh ab findet in sämtlichen Buttergeschäften gegen Abgabe der 17. Margarinemarke Verkauf von Margarine statt. Auf jede Marke werden 30 Gramm zu 14 Pfg. verabfolgt. Ablieferungstag der Marken am Mittwoch, den 23. April 1919.

Artern. Stadtverordnetensitzung. In der letzten Sitzung wurde nach Wahl einer Wohnungskommission von der Finanzkommission über die Prüfung der Haushaltspläne berichtet. Die sozialdemokratische Fraktion schlug dabei an Stelle der bisherigen 178 Prozent Zuschläge zu den Staatseinkommensteuerung eine Staffelung vor in der Weise, daß Einkommen bis

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190416-10/fragment/page=0005

200 Mark frei bleiben, solche von über 900 bis 3000 M. mit 150 Prozent, über 3000—6000 M. mit 160 Proz., über 6000—9000 M. mit 170 Proz., über 9000—12 000 M. mit 180 Proz., über 12 000 Mark mit 200 Prozent herangezogen werden sollen. Da, wie der Magistrat bemerkte, noch dem bis jetzt noch zu Recht bestehenden Kommunalabgabengesetz eine Staffelung nicht zulässig sei, in der Preußischen Landesversammlung aber bereits ein dahingehender Antrag auf Aenderung dieses Gesetzes vorliege, wurde die Etatsberatung vertagt und der Magistrat ermächtigt, die Ausgaben auf Grund des Haushaltsvorschlages bis zur definitiven Feststellung zu leisten. Das Vermögen der Stadt stellt sich auf 1 225 606 Mark, zur Steuerung der Wohnungsnot wurden 15 000 Mark zur Einrichtung von vier Wohnungen im Hintergebäude des Gerichtes bewilligt, desgleichen ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag auf Entfernung der Hohenzollernbilder und -Büsten aus dem Sitzungssaale angenommen. In eine Lebensmittelkommission wurden gewählt: Genossen Henze, Hoffmann, Preuß und die Stadtr. Kellner und Schröder.

Jena. Hier halten die deutschen sozialistischen Studentengruppen vom 20. bis 22. April einen Vertretertag ab, um über die Schaffung einer einheitlichen Organisation zu beraten. Es werden etwa 250 Vertreter erwartet. Auch Halle wird vertreten sein.

Gewerkschaftliches.

Das Kollektivabkommen für die Berliner Metallindustrie.

Der Verband Berliner Metallindustrieller und der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin, haben beantragt, das zwischen ihnen am 1. Januar 1919 abgeschlossene Kollektivabkommen für die Metallindustrie in Großberlin einschließlich der Ausführungsbestimmungen dazu und der allgemeinen Bestimmungen für Lohn- und Akkordarbeit gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 für das Gebiet des Zweckverbandes Großberlin für allgemein verbindlich zu erklären.

Politische Maßregelungen.

Schlimmer als das brutale, von reaktionärer Gesinnung erfüllte Unternehmertum treiben es gegenwärtig die unabhängigen Kreise, wo sie in den Gewerkschaften Oberwasser erlangt haben. Rücksichtslos werfen sie diejenigen Gewerkschaftsangestellten aufs Pflaster, die nicht im Geruch unabhängiger Gesinnung stehen. So gibt der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst" eine Zuschrift aus Leipzig wieder, wonach die dortigen Unabhängigen bisher die Entlassung folgender Angestellten vorgenommen haben:

Bauersfeld, 41 Jahre alt, 8 Jahre Angestellter des Bauarbeiterverbandes,

Fromm, 52 Jahre alt, 17 Jahre Angestellter des Metallarbeiterverbandes,

Reise, 56 Jahre alt, 21 Jahre Angestellter des Zimmererverbandes,

Schmidt, 60 Jahre alt, 19 Jahre Angestellter des Transportarbeiterverbandes,

Gericke, 47 Jahre alt, 15 Jahre Angestellter des Holzarbeiterverbandes,

Ehrlich, 56 Jahre alt, 23 Jahre Angestellter des Holzarbeiterverbandes,

Seidemitz, 49 Jahre alt, 12 Jahre Angestellter des Holzarbeiterverbandes,

Vogel, 37 Jahre alt, 7 Jahre Angestellter des Holzarbeiterverbandes,

Rose, Angestellter des Eisenbahnerverbandes,

Wienicke, 43 Jahre alt, 6 Jahre Angestellter des Buchbinderverbandes,

Lüttich, 46 Jahre alt, 14 Jahre Arbeitersekretär.

Das Leipziger Beispiel steht nicht vereinzelt da, überall, wo die Unabhängigen etwas zu sagen haben, zeigen sie ihre sprichwörtliche Unduldsamkeit. Auch unsere Hallenser „Belden" sind mit ihren Leipziger Brüdern in Konkurrenz getreten und wollen alles auf die Straße werfen, was nicht charakterlos und unabhängig ist.

Royal-Corset ta Drell 29.50
Corsethaus Beykirch
Gr. Steinstr. 63.

Alle Sorten Felle
Häute, Tierhaare und Wolle kaufen zu Höchstpreisen 2571
Gebr. Danglowitz,
4225 Fischerplan 2.

Frühjahrs-Neuheiten
Seidene Kleider
Wasch-Voile-Kleider
Seidene Kostüme
Wollene Kostüme
Seidene Blusen
Voile-Blusen
Seidene Mäntel
Uebergangs-Mäntel
Seidene Strickjacken
Elegantes Wasch-Voile-Kleid 88.—
Weisse Wasch-Voile-Bluse 19.50
Brummer & Benjamin
Grosse Ulrichstr. 22/23.

Optische Anstalt
Karl Schneider,
45 Gr. Ulrichstr. 45.

Langjährige Spezialität:
Anfertigung von 251
Augengläsern
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.
Fernsprecher Nr. 2590

Markttaschen
aus prima Lederuch,
Friedensqualität
sehr preiswert. 3011
H. Krasemann,
nur Schmeerstr. 19.

Reparaturen
an
Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen
Karl Unger, Uhrmacher,
Kl. Klausstr. 18 (dicht a. Markt) und Gr. Steinstr. 85 (gegenüber Barfüßerstr.). 2096

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und
einzelne Möbel jeder Art
empfiehlt in grosser Auswahl 3012
G. Schaible
Möbelfabrik
Gr. Märkerstrasse 26
am Ratskeller.

Das Gute
Scheffel-Brot
ist unübertroffen
an Qualität und Bekömmlichkeit
2909 Ueberall zu haben.

Sie kaufen beim Fachmann direkt ab Fabrik.
Modellhut-Ausstellung
1919
Garnierte Hüte
in den Filialen:
Leipzigerstrasse (Ecke Poststrasse)
Merseburgerstrasse 161
Geiststrasse 15.
Eigene Pressorei.
Moderne Formen. Fernspr. 4613.
Franz Zenk - Halle S.
Stroh- und Filzhutfabrik.

Neu eingetroffen:
„Der Bolschewismus und seine Lehren"
von Hans Vorst.
Preis: 25 Pfennig.
Buchhandlung der „Volksstimme".

Lumpen
Alteisen, Metalle,
Knochen, Papier
kauft laufend zu höchsten Preisen
Philipp Schwabach,
Lumpen-Sortieranstalt,
Raffinerlestr. 44. Telefon 6237.

Altmöbel-Verwertung
3 Moritzzwinger 3
i. Hause d. Kfm. Max Schultze
Ankauf u. Verkauf aller Arten gebrauchter Möbel, ganzer Wohnungseinrichtungen in schnellster Erledigung. 2878

Metalldrückerlehrlinge
und Arbeitsburschen
gesucht. Zu melden im Fabrikgebäude in Leitzling. 2984
Weißenfelser Aluminium-Kochgeschirr-Fabrik und Metalldrückerei G. m. b. H.

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus
C. Klappenbach
Gr. Ulrichstraße 41. 2621

Amtliche Bekanntmachung.

Oster-Personenverkehr.

Wegen Knappheit an Betriebsmitteln und Materialien ist die Eisenbahn nicht in der Lage, für den Osterverkehr keine Sonderleistungen zu übernehmen. Wer Zurückbleiben beim Re-isantritt oder unterwegs auch daher gerechnet werden. Alle nicht unbedingt nötigen Reisen müssen unterbleiben.

Halle (Saale), im April 1919.

Eisenbahndirektion.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190416-10/fragment/page=0006